

Stand: 28.03.2024 17:09:29

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/7958

"Keine Gentechnik in Bayern -  
Keine Abschaffung der Nulltoleranz bei Saatgut"

---

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/7958 vom 17.03.2011
2. Beschluss des Plenums 16/8037 vom 17.03.2011
3. Plenarprotokoll Nr. 70 vom 17.03.2011

## **Dringlichkeitsantrag**

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Harald Schneider, Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl, Christa Naaß, Johanna Werner-Muggendorfer, Harald Güller, Franz Maget, Natascha Kohnen** und **Fraktion (SPD)**

### **Keine Gentechnik in Bayern**

### **Keine Abschaffung der Nulltoleranz bei Saatgut**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass es zu keinen Abstrichen bei der Nulltoleranz bei Saatgut kommt.

### **Begründung:**

In der 775. Sitzung des Agrarausschusses des Bundesrats am 28. Februar 2011 wurde unter TOP 5 ein von Bayern vorgelegter Entschließungsantrag zur Änderung des Gentechnikgesetzes beraten. Von Niedersachsen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein wurde dazu eine Ergänzung eingebracht, die die Reinheit des Saatguts betrifft: Über eine allgemeine Verwaltungsvorschrift soll „eine für alle Wirtschaftsbeteiligten praktikable technische Lösung für die Nulltoleranz bei Saatgut“ baldmöglichst geschaffen werden. Eine „technische Lösung“ bedeutet den Abschied von der Saatgutreinheit und könnte das Ende der gentechnikfreien Landwirtschaft bedeuten. Dahinter steht die Absicht, die strikte Reinhaltung von herkömmlichem Saatgut durch technische Vorschriften aufzuweichen und zu unterlaufen. Diese „technische Regelung“ untergräbt damit die gentechnikfreie Landwirtschaft, die von der großen Mehrheit der Bevölkerung gewünscht und gefordert wird und gegenwärtig von den Landwirten in Bayern und Deutschland praktiziert wird. Wir fordern daher die Staatsregierung auf, diesen Vorschlag des Ausschusses in der Bundesratssitzung am 18. März 2011 abzulehnen und stattdessen jede gentechnische Verunreinigung von Saatgut mit allen ihren zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern.

## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Harald Schneider, Maria Noichl, Horst Arnold, Annette Karl, Christa Naaß, Johanna Werner-Muggendorfer, Harald Güller, Franz Maget, Natascha Kohnen** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 16/7958

**Keine Gentechnik in Bayern**  
**Keine Abschaffung der Nulltoleranz bei Saatgut**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Franz Maget**

II. Vizepräsident

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Anne Franke

Abg. Ludwig Wörner

Abg. Albert Füracker

Abg. Thomas Dechant

Staatssekretärin Melanie Huml

Abg. Ulrike Müller

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger,  
Ulrike Müller u. a. und Fraktion (FW)**

**Keine Aufweichung der GVO-Nulltoleranz bei Saatgut (Drs. 16/7942)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge,  
Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Aufweichung der Nulltoleranz bei Saatgut verhindern (Drs. 16/7946)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner,  
Kathrin Sonnenholzner u. a. und Fraktion (SPD)**

**Keine Gentechnik in Bayern**

**Keine Abschaffung der Nulltoleranz bei Saatgut (Drs. 16/7958)**

Ich möchte gleich zu Beginn, damit wir keine Zeit verlieren, darauf aufmerksam machen, dass das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/7946 namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Herr Dr. Herz für die Freien Wähler hat den ersten Redebeitrag. Bitte schön.

**Dr. Leopold Herz (FW):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der Thematik, die wir in diesem Hause heute besprochen haben, scheint das folgende Thema vielleicht nicht so wichtig. Trotz aller Probleme im Fernen Osten müssen wir aber dennoch ein Stück Tagespolitik betreiben. Ich sage das ganz bewusst, auch wenn es vielleicht so klingen mag, als ob dies ein nebensächliches Thema wäre: Gentechnik bewegt die Menschen. Wir haben dieses Thema in diesem Hause schon wiederholt diskutiert. Wir sprechen heute über das Thema "Nulltoleranz bei Saatgut". Es geht um Gewährleistungsfragen. Dass das nicht unwichtig ist, haben wir vor etwa einem Jahr gemerkt, als zunächst in Niedersachsen und dann in fast allen Bundeslän-

dern, auch in Bayern, gentechnisch verunreinigtes Saatgut auftrat. Gerade Landwirte hatten große Probleme und wurden mit Schadenersatzforderungen konfrontiert. Das wirkt bis auf den heutigen Tag nach.

Was bei diesem Thema aber vielleicht noch viel wichtiger ist: Saatgut steht am Anfang der Produktionskette. Wenn wir bereits hier keine klaren Vorgaben schaffen, dann wird die Verunsicherung beim Verbraucher noch viel größer werden.

Noch kurz zum Hintergrund: Am 28. Februar 2011 haben im Agrarausschuss des Bundesrats die Bundesländer Niedersachsen, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein den Antrag eingebracht, Möglichkeiten zu eröffnen, die es technisch zulassen, von der Nulltoleranz beim Saatgut abzurücken. Das ist eine völlig falsche Weichenstellung. Morgen findet im Bundesrat die Abstimmung über diesen Antrag statt. Deshalb hier unsere klare Forderung: Es kann nicht sein, dass wir hier herumdeuteln. 0,0 heißt, es hat nichts drin zu sein. Wenn auf einem Hektar 100 Pflanzen gentechnisch verunreinigt sind, das wären 0,1 %, dann kann das nicht nur der oberflächliche Zeitgenosse als nicht korrekt hinnehmen. Hier unsere ganz klare Forderung: Nulltoleranz beim Saatgut, um ein für allemal Klarheit zu schaffen für die große Schar der Verbraucher. In diesem Zusammenhang möchte ich betonen, dass wir den Antrag der SPD unterstützen, der in eine ähnliche Richtung wie der unsere zielt. Wir unterstützen auch den Antrag der GRÜNEN.

Noch eine kurze Abschlussbemerkung, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Wir wissen, dass die FDP für die Gentechnik ist. Insofern ist das eine klare Linie. Diese klare Linie vermissen wir aber bei der CSU. Ich darf hier an Herrn Kollegen Dr. Max Lehmer aus dem Bundestag erinnern, der sich in der landwirtschaftlichen Fachpresse als der Retter der Landwirtschaft feiern lässt, indem er gentechnisch veränderte Produkte anbietet. Ich fordere deshalb die CSU-Landtagsfraktion und die in der Bayerischen Staatsregierung vertretenen CSU-Mitglieder dringend auf, hier für Klarheit zu sorgen. Es kann nicht sein, dass wir hier im Landtag so tun, als ob wir fast alle für klare Regelungen bei der Gentechnik wären und dann erfahren wir von der

CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, dass das nicht so ist. Wir Freien Wähler fordern Sie deshalb dringend auf, hier für Klarheit zu sorgen. Auch das ist ein Stück Glaubwürdigkeit in der Politik.

(Beifall bei den Freien Wählern)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bitte ich jetzt Frau Kollegin Franke nach vorn.

**Anne Franke (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir danken den Freien Wählern erst einmal, dass Sie uns ermöglicht haben, unseren Antrag heute noch einzubringen, gerade noch rechtzeitig vor der morgigen Bundesratssitzung. Wir kündigen schon einmal an, dass wir Ihrem Antrag und auch dem Antrag der SPD zustimmen werden.

Im Bundesrat geht es morgen ganz einfach darum, ob in Bayern auch künftig gentechnikfreier Anbau möglich sein wird. Morgen soll die derzeit geltende Nulltoleranz für Gentechnik im Saatgut durch Beschluss im Bundesrat aufgeweicht werden, indem als sogenannte praktikable technische Lösung eine Verunreinigung von 0,1 % zugelassen werden soll. Wir fordern die Bayerische Staatsregierung auf: Stimmen Sie gegen den Beschluss des Agrarausschusses vom 28.02.2011!

(Beifall bei den GRÜNEN und den Freien Wählern)

Begründet wird dieser angeblich notwendige Schwellenwert damit, dass unsere Messtechnik nicht genau genug sei. Meine Damen und Herren, wo sind wir denn? - Wir leben in einem hoch technologisierten Land, wir beschäftigen uns mit kompliziertesten Regelmessstechniken und machen höchst komplizierte gentechnische Versuche. Da sagen Sie, die Messtechnik würde nicht ausreichen, um gentechnisch veränderte Saaten in kleinsten Mengen aufzuspüren. Das ist eine Diffamierung des Stands der Messtechnik, eine Diffamierung der deutschen Labors, in denen genau dies seit Jahren praktiziert wird. Sie wissen genauso wie wir, dass sich die Messgenauigkeit in den

letzten Jahren auf 0,01 % erhöht hat, also genau um eine ganze Dezimalstelle, als Sie sie festlegen wollen. Bisher brauchen Züchter keine Untersuchungswerte, sondern nur sogenannte Qualitätsanalysen. Das bedeutet, das Saatgut wird auf GVO untersucht mit dem Ergebnis Ja oder Nein. Wenn ein Grenzwert von 0,1 % GVO festgelegt werden sollte, müssten Züchter bei jedem Saatgut eine Quantitätsanalyse durchführen. Das heißt, sie müssten feststellen lassen, ob die gentechnische Verunreinigung unter oder über 0,1 % liegt. Dieses Verfahren ist komplizierter, weil wesentlich genauer gearbeitet werden muss, und kommt deshalb wesentlich teurer. Eine solche Analyse kostet dann circa 350 Euro, und die Kosten muss der Landwirt oder Saatgutzüchter zahlen. Ich frage mich: Ist es in Ihrem Sinne, die Kosten für den Landwirt zu erhöhen?

Ich stelle also fest, es gibt keine technische Notwendigkeit für den Schwellenwert 0,1 %, und ich frage mich: Warum wollen Sie die Nulltoleranz-Regelung überhaupt kippen? Es bleibt eigentlich nur folgende Vermutung: Von der Einführung eines Schwellenwertes würden die Saatgutfirmen massiv profitieren. Ihr Umsatz würde sich quasi sprunghaft verdoppeln. In Europa würden die Anpflanzungen aus eigenem Anbau, die bisher rund 50 % betragen, schlagartig aufhören.

Wenn ein Schwellenwert eingeführt wird, kann der Landwirt nicht mehr abschätzen, wie viele GVO-Anteile sein Erntegut enthält. Wollte er nachbauen und sicher sein, dass sein selbst erzeugtes Saatgut unter dem Schwellenwert liegt, müsste er erst teure Analysen durchführen. Dies würde zwangsläufig dazu führen, dass Landwirte jedes Jahr neues Saatgut kaufen müssten. Das wäre also das Ende des Nachbaues. In den USA ist es schon längst der Fall.

Die zweite Folge wäre eine teure Lizenzpflicht. Der Schwellenwert in Verbindung mit der sogenannten Harmonisierung des europäischen mit dem amerikanischen Patentrecht, die vorbereitet wird, würde unweigerlich dazu führen, dass wir früher oder später amerikanische Rechtsverhältnisse und eine GVO-Landwirtschaft hätten. Dort reicht schon eine gentechnisch veränderte Pflanze, um ein ganzes Feld lizenzpflichtig zu machen. Zugelassene Genkörner in eigenen Zuchtlinien würden dann auch unsere

Saatzüchter in die Fänge von Monsanto & Co treiben. Sie kennen alle den Fall von Percy Schmeiser, der jahrelang gegen Monsanto gekämpft hat.

Meine Damen und Herren! Saatgut steht am Anfang der Lebensmittelkette und ist die Grundlage für gesunde Futter- und Lebensmittel, und eine alte Weisheit sagt: "Wer die Kontrolle über das Saatgut hat, hat damit die Macht über die Menschen." Da sich aber die Bürger heute nicht mehr alles einreden lassen, geht man nun heimlich vor und kontaminiert das Saatgut mit Gentechnik. Der Vorsitzende eines kanadischen Saatgutunternehmens sagte vor einigen Monaten - ich zitiere -:

Es gibt weltweit so viel Widerstand gegen jede weitere Freisetzung von genveränderten Pflanzen, dass die einzige Möglichkeit ist, die Kontamination, also die heimliche Auskreuzung, zu fördern. Dann breitet sich die Gentechnik selbstständig aus und die Menschen haben keine Wahl mehr. Dann beherrschen wir die Nahrungsmittel.

Meine Damen und Herren, darin scheint mir der wahre Grund zu liegen, warum Sie Gentechnik "durch die Hintertür" zulassen wollen. Die Versorgung der Bevölkerung mit gesunden Lebensmitteln wäre aber Aufgabe des Staates. Grundlage dafür ist sauberes Saatgut, und das wiederum sichert die Nulltoleranz von GVO bei Lebensmitteln.

Vor zwei Wochen haben Sie das Ende der Nulltoleranz bei Futtermitteln beschlossen. Heute ist das Saatgut dran, morgen wahrscheinlich die Lebensmittel. Das scheint Ihre Strategie zu sein. Die Bundesländer Hessen, Bremen und Brandenburg haben bereits angekündigt, dass sie morgen gegen diesen Beschluss stimmen werden. Die spannende Frage ist: Wie wird Bayern stimmen?

Viele verschiedene Organisationen haben bereits angekündigt, das Abstimmungsverhalten der einzelnen Politiker genau unter die Lupe nehmen zu wollen und bei den nächsten Wahlen zu veröffentlichen. Wir haben deshalb bereits namentliche Abstimmung zu unserem Antrag gefordert und sind gespannt, ob Sie von der CSU zu den Worten Ihres Umweltministers vom gentechnikanbaufreien Bayern stehen oder ob bei

Ihnen wieder einmal Welten zwischen hehren Worten und konkreter Abstimmung liegen. Jetzt wird sich zeigen, ob Sie es mit einem gentechnikanbaufreien Bayern ernst meinen. Wir sind gespannt.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FW))

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Danke, Frau Franke. - Nächste Wortmeldung: Herr Wörner von der SPD, bitte.

**Ludwig Wörner (SPD):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute den ganzen Tag versucht, den Geist, den wir einmal aus der Flasche ließen, in diese zurückzubekommen. Wenn ich mir ansehe, was dort steht, stelle ich fest: Da wird die Büchse der Pandora wieder geöffnet. Kolleginnen und Kollegen, lernen wir eigentlich tatsächlich nichts? Frau Staatssekretärin, Sie und Ihr Minister sind morgen im Bundesrat gefragt, und wir fordern Sie eindringlich auf, mit den Bundesländern, die unserer Meinung sind, der Nulltoleranz zuzustimmen. Die CSU kann dies unterstützen und dem Minister das Kreuz stärken, sonst müssen Sie sich wieder einmal fragen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie ernst Sie Ihr Gerede im Wahlkampf zum Thema "Gentechnikfreies Bayern" nehmen und wie ernst Menschen in Bayern diese Ansagen nehmen dürfen.

Ist Ihnen eigentlich klar, was es bedeutet, wenn wir beim Saatgut diese Tür öffnen? Nicht nur, dass man dann nicht mehr "gentechnikfrei" sagen kann. Diesen Begriff können Sie dann vergessen. Es wird auf Dauer nicht funktionieren. Das Saatgut braucht nur früher zu blühen, dann wird das andere zwangsläufig damit bestäubt. Aber das muss ich Landwirten nicht erzählen. Deshalb bin ich verwundert, dass die Landwirte bei diesem Thema offensichtlich nicht mitmachen wollen. Ich weiß, wie schwer es Ihnen fällt, da bin ich ehrlich. Aber bei dem Antrag müssen Sie noch einmal an Ihr eigenes Gewissen appellieren, sofern es vorhanden ist, und mit uns stimmen, und nicht die Fraktionen hernehmen.

(Zuruf von der CSU: Wörner'sche Frechheit!)

Ich habe wirklich die Bitte, nachzudenken und unserem Antrag zuzustimmen - im Interesse der Landwirte und Händler, im Interesse des Landes Bayern, im Interesse aller Menschen und letztlich auch der Glaubwürdigkeit der Politik; denn leider sagen die Menschen nicht "der Politiker", sondern "die Politiker", und das bringt uns alle in einen seltsamen Ruf, den wir uns, denke ich, auf Dauer nicht mehr leisten können.

Unsere Bitte ist also: Stimmen Sie unserem Antrag zu. Wir wollen, dass der Freistaat Bayern im Bundesrat und in den zuständigen Ausschüssen dafür sorgt, keine Abstriche an der Nulltoleranz in Bayern zu machen. Wir halten dies für dringend geboten, um nicht das nächste Tor aufzureißen: dass ganz Bayern nicht mehr gentechnikfrei sein kann. Das müsste Anlass genug für uns alle sein, mitzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Danke, Herr Wörner. - Für die CSU-Fraktion bitte ich Herrn Füracker ans Redepult.

**Albert Füracker (CSU):** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! "..., sofern Gewissen vorhanden ist", hat Herr Wörner gesagt, und "die Politiker", heißt es dann wieder. Sie haben heute jedenfalls einen riesigen Beitrag dazu geleistet, dass die Menschen sagen werden: "die Politiker" und das Niveau im Bayerischen Landtag beklagen, wenn sie den ganzen Tag zugehört haben. Das muss ich auch einmal sagen.

(Beifall bei der CSU - Zuruf von der CSU: Sehr richtig!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt sehr gute Nachrichten für die Nulltoleranz bei Saatgut. Der Bundesrat wird morgen dem Ergänzungsantrag zur technischen Definition von Nulltoleranz bei Saatgut nicht zustimmen - und Bayern wird auch nicht zustimmen. Woher Sie nun die genaue Kenntnis haben, dass wir morgen zustimmen - Frau Franke sagte, warum wir die Nulltoleranz kippen wollen -, entzieht sich meiner Kenntnis. Jedenfalls wird im Bundesrat morgen so abgestimmt, und es bleibt

bei Nulltoleranz. Insofern sind die Anträge im Prinzip überflüssig. Allerdings gestehe ich, dass die Anträge aus meiner Sicht und aus Sicht der CSU-Fraktion nicht falsch sind und deswegen auch zustimmungsfähig wären.

(Harald Güller (SPD): "Wären"? - Zurufe von der SPD: Oh!)

- Beruhigen Sie sich wieder, Sie haben das große Vergnügen, keinen Koalitionspartner zu haben. Es ist vielleicht auch besser, Sie brauchen keinen und machen weiter in der Opposition. Wir haben noch einen Koalitionspartner,

(Harald Güller (SPD): "Noch", oder?)

mit dem wir uns geeinigt haben, dass Oppositionsanträge dann abgelehnt werden, wenn ein Partner dagegen ist.

(Christa Naaß (SPD): Ihr macht es euch leicht! - Zuruf von der FDP: Das geht uns auch oft so!)

Aber ich werde wegen Verfahrensfragen nicht die Koalition platzen lassen in der sicheren Kenntnis dessen,

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

- hören Sie nur zu! - dass morgen genau das im Bundesrat beschlossen wird, was wir als CSU eigentlich wollten.

Mir ist die Sache wichtiger als irgendein Koalitionsklamauk um Ihre Antragstellung. Deswegen, lieber Herr Wörner, bin ich mit meinem Gewissen auch völlig im Reinen. Wichtig ist, was passiert.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So verarscht man die FDP!)

- Herr Pfaffmann, haben Sie Interesse am Thema, oder wollen Sie bloß schimpfen?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Mit Ihnen rede ich im Moment nicht, ich rede mit einem Kollegen!)

- Sie stören ständig.

(Unruhe)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Herr Füracker, Sie haben das Wort.

**Albert Füracker (CSU):** Im Übrigen ist es mir sehr wichtig, darauf hinzuweisen, dass es morgen im Bundesrat um etwas anderes geht. Es wird über einen bayerischen Entschließungsantrag beraten, der die Frage beleuchtet: Wer haftet in Zukunft, wenn ein Landwirt, weil er es nicht wusste, gesetzeswidrig gentechnisch verändertes Saatgut kauft? In dieser Frage Rechtssicherheit herzustellen, ist wesentlich wichtiger, als sich jetzt darüber zu streiten, ob wir heute oder morgen beschließen, dass der Nulltoleranz-Grundsatz erhalten bleibt. Nach unserem Antrag, den wir in den Bundesrat eingebracht haben, sollen die Hersteller für die Reinheit von Saatgut einstehen. Das Gentechnikgesetz greift insoweit nicht. Im vergangenen Jahr mussten die Bauern ihren Schadenersatz zivilrechtlich einklagen. Wir wollen mit unserer Initiative im Bundesrat morgen verhindern, dass das auch in Zukunft der Fall ist.

Mir sind folgende Punkte wichtig:

Erstens. Bayern ist gentechnikanbaufrei.

Zweitens. Unabhängig davon, was heute in diesem Haus beschlossen wird, bleibt es beim Nulltoleranz-Grundsatz in Bezug auf Saatgut, weil die Bayerische Staatsregierung morgen die Hand für eine Aufweichung nicht heben wird. Die CSU steht zuverlässig an der Seite der Bauern. Ich bedauere es, dass wir unseren Koalitionspartner nicht davon überzeugen konnten, heute im Bayerischen Landtag diesen Oppositionsanträgen zuzustimmen. Zum Glück gibt es morgen eine gute Entscheidung im Bundesrat, weil Bayern steht.

(Beifall bei der CSU)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Danke, Herr Füracker. - Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Wörner. Bitte schön.

**Ludwig Wörner (SPD):** Herr Kollege Füracker, Sie haben die Frage gestellt, worauf sich unsere Weisheit gründet, dass wir einen solchen Antrag stellen: Auf das Abstimmungsverhalten Ihres Ministers Söder! Er hat sich nämlich beim letzten Durchgang der Stimme enthalten. Wir wollten mit unserem Antrag heute sicherstellen, dass das passiert, was Sie - Gott sei Dank! - verkünden konnten. Ich finde es toll, dass Sie ihn überzeugen konnten. Dafür sage ich ausdrücklich Dankeschön. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die nur austeilen können, sondern gelegentlich erkenne ich auch etwas an.

(Zuruf von der CSU: Aber nur gelegentlich!)

**Albert Füracker (CSU):** Ich hätte auf dieses Lob auch verzichtet, Herr Wörner, weil Ihr Antrag dazu keinen Beitrag geleistet hat.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind schon selbst in der Lage, im Bayerischen Landtag das zu beschließen, was wir für richtig halten.

(Zurufe von der SPD)

- Die Erregung ist groß. Ich bin noch nicht so lange im Landtag, weiß aber, dass wir ganz gute Erfahrungen damit gemacht haben, nicht das zu beschließen, was Sie, Herr Wörner, vorgeschlagen haben. Das muss ich Ihnen in aller Ehrlichkeit sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Danke, Herr Füracker. Bleiben Sie aber bitte vorn; denn es gibt eine weitere Zwischenbemerkung. Frau Kollegin Franke, bitte.

**Anne Franke (GRÜNE):** Herr Füracker, eine Frage - -

(Unruhe)

**Albert Füracker (CSU):** Entschuldigung! Wenn die Herrschaften ruhig wären, dann würde ich verstehen, was Frau Franke wissen möchte.

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Ich bitte alle Fraktionen um Ruhe. Ich muss Ihnen sagen, vorhin hat mein rechtes Ohr auch ganz schön gebraust.

**Albert Füracker (CSU):** Das war der Beifall.

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Ich sag Ihnen nachher gern im Detail, wer das konkret war.

(Harald Güller (SPD): Das ist aber schon lange her! Bei Ihrer Rede kann es nicht gewesen sein!)

- Herr Güller, lassen Sie uns zum weiteren Fortgang beitragen.

**Albert Füracker (CSU):** Das ist das Niveau, das von dort kommt.

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Auch Herr Füracker unterstützt mich sicherlich gern in meinem Bemühen, Ihnen Gehör zu verschaffen. Bitte, Frau Franke.

**Anne Franke (GRÜNE):** Ich habe eine Frage zur Konkretisierung: Herr Füracker, Sie haben gesagt, Sie stimmten morgen im Bundesrat nicht zu. Was heißt das? Wollen Sie sich der Stimme enthalten, oder wollen Sie dagegenstimmen?

(Zuruf von der SPD: Eine gute Frage!)

**Albert Füracker (CSU):** Soviel ich weiß, wird morgen im Bundesrat darüber abgestimmt, ob der ergänzende Antrag beschlossen wird oder nicht. Diesem Antrag wird Bayern nicht zustimmen. Das ist meine Kenntnis.

(Anne Franke (GRÜNE): Was heißt das?)

- Die Frage ist beantwortet.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD: Nein!)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Danke, Herr Kollege Füracker. - Für die FDP-Fraktion hat Herr Dechant das Wort. Bitte schön.

(Zuruf von der SPD: Diese Koalition ist ein Chaoshaufen!)

**Thomas Dechant (FDP):** Diese Koalition ist kein Chaoshaufen.

(Zuruf von der SPD: Doch!)

Liebes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst eine Anmerkung zum Verfahren und nicht zu dem, was die Opposition hier beantragt. Ich stelle fest: Mehrere Bundesländer haben in den Bundesrat einen Antrag eingebracht, dem Bayern morgen nicht zustimmen wird. Der Antrag wird keine Mehrheit finden und somit in keiner Weise zu einer Änderung der Rechtsetzung führen.

(Hubert Aiwanger (FW): Schade aus Ihrer Sicht, oder?)

Ihrem Anliegen wird damit Rechnung getragen. Punkt eins.

Punkt zwei. Schwarz-Gelb hat im Bundesrat keine Mehrheit.

(Hubert Aiwanger (FW): Gott sei Dank!)

Selbst wenn sich alle von Schwarz-Gelb regierte Bundesländer einig wären, könnten wir dadurch keine Änderung der Rechtsetzung herbeiführen, sondern wir benötigten auch die Zustimmung von Ländern, die rot, rot-grün oder wie auch immer regiert werden. Die Freien Wähler können insoweit noch - oder nie; wie auch immer - keinen Einfluss auf solche Entscheidungen nehmen.

Angesichts dessen frage ich: Was soll dieser Antrag? Wie gesagt, morgen wird nicht zugestimmt, und es kommt zu keiner Änderung der Rechtslage. Damit wird dem Anliegen der Opposition Rechnung getragen.

Wenn wir im Bayerischen Landtag Ihren Anträgen zustimmten, dann würden wir eine andere Lage herbeiführen. Deswegen werden wir Ihre Anträge ablehnen. Wir wollen die aktuelle Lage nicht zementieren und uns nicht auf Dauer festlegen. Wir wollen uns für die Zukunft Möglichkeiten offen halten. Die FDP steht dazu, eine praktikable Lösung bei Geltung des Nulltoleranz-Grundsatzes zu finden. Das gebe ich offen zu. Wir sind uns mit unserem Koalitionspartner in diesem einen Punkt nicht einig. Ansonsten sind wir sehr wohl kompromissfähig. Das führt zu richtigem, vernünftigem Regierungshandeln unserer Koalition, nicht aber zu populistischen Handlungen oder Anträgen, die so müßig sind wie ein Kropf, weil es auf die Entscheidung morgen im Bundesrat ohnehin keine Auswirkung hat, ob wir hier zustimmen oder ablehnen. Es wird morgen nicht anders entschieden werden; der in den Bundesrat eingebrachte Antrag wird abgelehnt.

Ich möchte dennoch betonen, dass wir im Gegensatz zur CSU die Meinung vertreten, dass wir durchaus eine praktikable Lösung brauchen, die zudem Rechtssicherheit herbeiführt.

(Zuruf von der SPD: Würden Sie morgen zustimmen?)

- Ich persönlich würde der vorgeschlagenen Regeländerung zustimmen. Das gebe ich unumwunden zu. Deswegen sage ich: Die FDP steht dazu, dieses Verfahren zu ändern. Ich wiederhole: Ihrem Anliegen wird Rechnung getragen. Warum Sie hier dennoch zusätzliche Anträge stellen, kann ich nicht nachvollziehen.

(Zuruf von der SPD)

- Das habe ich hier kundgetan.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Können Sie denn noch in den Spiegel schauen?)

Sie wissen, dass ich wie die gesamte FDP durchaus ein offenes Wort pflege. Wir stehen auf allen Ebenen dazu, auf Bundesebene und auf Landesebene. Wir sind für diese Änderung und für einen praktikablen Umgang mit der Thematik. Wir sind nicht dafür, dass ab sofort nur noch gentechnisch verändertes Saatgut eingesetzt wird. Dafür steht die bayerische FDP nicht.

(Hubert Aiwanger (FW): Wofür sonst?)

Wir sind dafür, dass wir hier forschen, auch im Freiland. Wir sind dafür, dass wir uns nicht alle Türen in die Zukunft zuschlagen.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind keine unkritischen Gentechnikbefürworter, wie es vonseiten der Opposition dargestellt wird. Ich wiederhole: Wir sind für praktikable Lösungen, für einen praktikablen Umgang mit der Thematik. Wir sind für Forschung. Wir sind nicht dafür, alle Türen in die Zukunft zuzuschlagen.

(Harald Güller (SPD): Gentechnik in Lebensmitteln - Ihre FDP!)

Soviel zu diesen Anträgen. Wir werden alle drei ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Danke, Herr Kollege Dechant. - Für die Staatsregierung hat Frau Staatssekretärin Huml ums Wort gebeten. Bitte schön.

**Staatssekretärin Melanie Huml (Umweltministerium):** Liebe Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein großer Teil der Menschen in Bayern lehnt die Anwendung der Gentechnik in der Landwirtschaft ab. Diese Haltung teilen wir. Wir lehnen auch den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Bayern ab. Wir wollen, dass unsere Landwirte gentechnikfreies Saatgut aussäen und sich dabei auf dessen Reinheit verlassen können.

Deswegen halten wir an der Nulltoleranz bei Saatgut fest. Deswegen ist auch die ganze Aufregung ein bisschen an den Haaren herbeigezogen. Denn der Antrag, den wir gestellt haben und der morgen im Bundesrat ansteht, hat einen ganz anderen Hintergrund. Unser Ziel ist, mit dem Entschließungsantrag eine Änderung der Haftungs Vorschriften im Gentechnikrecht zu erreichen. Denn wir wollen die Landwirte unterstützen und davor bewahren, ungewollt GVO-verunreinigtes konventionelles Saatgut auszusäen und dann auf dem Schaden sitzen zu bleiben. Dafür streben wir Klarheit und eine Unterstützung unserer Landwirte an. Es ist zum Beispiel im Frühjahr 2010 96 bayerischen Landwirten passiert, dass sie verändertes Saatgut ausgesät haben und hinterher nur auf dem zivilrechtlichen Klageweg weitergekommen sind. Aber so darf es in unseren Augen nicht bleiben.

Deswegen liegt dem Bundesrat der Änderungsantrag vor. Er formuliert unser gemeinsames Ziel.

Bei der Saatgutverunreinigung mit nicht zugelassenen GVO greifen im Moment die Haftungs Vorschriften des Gentechnikgesetzes nicht. Wir brauchen eine Regelung, die die Landwirte vor Schaden besser bewahrt. Deswegen wollen wir über den Bundesrat diese Klarstellung erreichen.

Zu dem Antrag, den wir eingebracht haben, gibt es jetzt einen Ergänzungsantrag, dem wir von Bayern aus aber nicht zustimmen werden. Ich drücke es nochmals klar aus: Wir stimmen dem nicht zu. Das heißt, meine Damen und Herren von der Opposition: Wir lehnen ihn ab. Wir wollen nämlich hier nicht die Nulltoleranzproblematik aufmachen. Uns geht es vielmehr darum, Rechtssicherheit für die Landwirte zu erreichen.

(Beifall bei der CSU)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Eine Zwischenbemerkung macht jetzt Frau Müller.

**Ulrike Müller (FW):** Frau Staatssekretärin, herzlichen Dank für die klare Aussage, dass Sie den Änderungsantrag ablehnen werden. Darauf habe ich nämlich gewartet. Sie werden sich also nicht etwa enthalten, sondern den Antrag ablehnen.

Dann ist die Frage: Was wird mit dem Antrag, den Bayern zur Gewährleistung zugunsten der Landwirte gestellt hat? Wir finden diesen Antrag hervorragend. Wir wollen ihn unterstützen. Wird über diesen Antrag im Bundesrat morgen ebenfalls abgestimmt, damit die Gewährleistung für die Landwirte auf den Weg gebracht wird?

**Staatssekretärin Melanie Huml (Umweltministerium):** Über diesen Antrag wird morgen abgestimmt. Im Bundesrat gibt es auch Änderungsanträge. Dann wird gefragt: Wer stimmt zu? Wer stimmt nicht zu? Wir werden dann dem Änderungsantrag nicht zustimmen, sondern nur unserem eigenen Antrag.

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Wir haben jetzt Abstimmungen über fünf Anträge vor uns. Zunächst wollen wir aber das Thema "Saatgut" zu Ende bringen. Dazu brauchen wir Ihre Aufmerksamkeit und nicht eine Reihe von mir zugekehrten Rücken.

-

Zuerst schließe ich die Aussprache, da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Freien Wähler auf Drucksache 16/7942. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Über den nächsten Dringlichkeitsantrag können wir ebenfalls in einfacher Form abstimmen. Es ist der Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 16/7958: Keine Abschaffung der Nulltoleranz bei Saatgut. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind wiederum die Fraktionen der Freien Wähler, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzei-

gen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Enthaltungen? - Ich sehe keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wie schon zu Beginn der Debatte angekündigt wurde, ist für den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/7946 namentliche Abstimmung beantragt worden. Es handelt sich um das Thema: Aufweichung der Nulltoleranz bei Saatgut verhindern. Die Urnen sind aufgestellt. Die Abstimmung dauert fünf Minuten. Für die weiteren namentlichen Abstimmungen sind jeweils nur noch drei Minuten vorgesehen. Alle wissen Bescheid. Die namentliche Abstimmung ist eröffnet. -

(Namentliche Abstimmung von 16.45 bis 16.50 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie bitten, die letzten Karten einzuwerfen, falls das noch nicht geschehen ist. Ansonsten bitte ich Sie, kurz zur Ruhe zu kommen.

Ich würde gerne fortfahren und muss dazu noch einmal zu Tagesordnungspunkt 9 zurückkehren. Es handelt sich um die Anträge zum Atomkraftwerk Isar 1 und zur Abschaltung dieses Kraftwerkes. Es sind die beiden Anträge auf den Drucksachen 16/7941 und 16 /7943. Dazu wurde namentliche Abstimmung beantragt.

Ich lasse zunächst namentlich abstimmen über den Antrag der SPD "Kernkraftwerk Isar 1 dauerhaft abschalten", Drucksache 16/7941. Sie haben drei Minuten Zeit, Ihre Karten an den üblichen Stellen einzuwerfen. Ausgezählt wird außerhalb des Sitzungssaales; das Ergebnis kommt später. -

(Namentliche Abstimmung von 16.51 bis 16.54 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch hier neigen sich die drei Minuten dem Ende zu. Die letzten Kärtchen sind eingeworfen. Damit ist der Abstimmungsvorgang abgeschlossen. Wir können damit zur im Moment letzten namentlichen Abstimmung kommen. -

(Anhaltende Unruhe)

Manchmal hätte ich gute Lust, meine Damen und Herren, irgendeine beliebige Nummer zu nennen und darauf zu gucken, wer überhaupt noch mitbekommt, um welchen Antrag es sich dabei handelt. Ich könnte doch einfach einmal über irgendetwas abstimmen lassen. Ich glaube, gegen Ende der Legislaturperiode probier ich das einmal.

Nun formal richtig! Es geht um die Drucksache 16/7943. Das ist der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN "Atomkraft abschalten - Energiewende in Bayern". Sie haben wiederum drei Minuten. Wir beginnen mit dem Abstimmungsverfahren. -

(Namentliche Abstimmung von 16.55 bis 16.58 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch dieser Abstimmungsverfahren neigt sich unabänderlich dem Ende entgegen. Ich bitte Sie, wieder die Plätze einzunehmen. Der Abstimmungsverfahren ist abgeschlossen. Es wird draußen ausgezählt; das Ergebnis verkünden wir später.

Innerhalb des Tagesordnungspunktes 9, Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge, komme ich jetzt zur Nummer 3. Das sind der Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drs. 16/7944 "Einführung der KULAP-Maßnahme ein- und mehrjähriger Blühstreifen" und der Dringlichkeitsantrag der Freien Wähler auf Drs. 16/7959 "Bayerisches Kulturlandschaftsprogramm sinnvoll ergänzen: Maßnahme Blühstreifen entwickeln."

Bei diesen beiden Anträgen haben sich die Fraktionen darauf geeinigt, diese in den Landwirtschaftsausschuss zu verweisen. Ich sehe, dass damit nach wie vor Einverständnis besteht. Danke sehr.

(...)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:**

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

